

MITTAGSPOST

18.02. Ausgabe 3/2021

Bundesversammlung

Alle fünf Jahre trifft sich die Bundesversammlung um den Bundespräsidenten zu wählen. Am vergangenen Sonntag war es wieder so weit. In der Bundesversammlung sind alle Bundestagsabgeordneten Mitglied. Genauso viele Mitglieder werden durch die 16 Bundesländer benannt. Neben dem Ministerpräsidenten Stephan Weil und vielen Landtagsabgeordneten, nahmen auch Personen aus der Zivilgesellschaft teil. Zum Beispiel Angestellte, Wissenschaftler oder Prominente. Gerade dieses breite gesellschaftliche Bild macht die Bundesversammlung so besonders. Auch der Sitzungsort war diesmal außergewöhnlich. Um die Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten, fand die Bundesversammlung im großen Paul-Löbe-Haus neben dem Reichstag statt. Zur Wahl standen vier Kandidaten. Bereits im Vorfeld hatten SPD, Union, Grüne und die FDP angekündigt, dass sie unseren bisherigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier wählen würden. Das zeigt, welchen Respekt der Bundespräsident genießt. Am Ende konnte er sich mit einer breiten Mehrheit mit 71% im ersten Wahlgang durchsetzen.



Plenum

Wichtige Themen standen in dieser Woche auf der Agenda:

Wir haben die maximale Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes erneut ausgeweitet. Statt 24 Monate beträgt sie jetzt 28 Monate. Auch die bestehenden Zugangserleichterungen für Kurzarbeit sowie die erhöhten Leistungssätze bei längerer Kurzarbeit und die Anrechnungsfreiheit von Einkommen aus geringfügigen Beschäftigungen wurden verlängert. ([Infos hier](#))

Außerdem haben wir die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-geführten Sicherheitsoperation „Sea Guardian“ im Mittelmeer beschlossen. ([Infos hier](#))

In erster Lesung haben wir das Gesetz zum Heizkostenzuschuss beraten. Er soll eine spürbare Entlastung für Empfänger von Wohngeld, Bafög-Berechtigte, Beziehende von Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld sein. ([Infos hier](#))

Auch im Rahmen der Plenardebatte war der schwelende Konflikt zwischen der Ukraine und Russland Thema. Olaf Scholz hat in seinen Besuchen in Moskau und Kiew die richtigen Worte gefunden und einen wichtigen Beitrag der Deeskalation der Lage beigetragen. Aber klar ist, die Gefahr vor einem Krieg ist nicht gebannt. Wir müssen und werden ganz genau schauen, wie sich die Lage entwickelt. Alle Formen der Sanktionen gegenüber Russland, die die Verantwortung für die jetzigen Spannungen tragen, liegen auf dem Tisch. ([Infos hier](#))

Weitere wichtige Debatten (für Infos klicken): [Internationaler Frauentag](#), [Entwicklungspolitik](#), [Genesenenstatus](#), [Unterstützung der Wirtschaft](#).

EU-Arbeitsprogramm

In meiner heutigen Rede im Bundestag habe ich deutlich gemacht, welche enge Verknüpfung die europäische und deutsche Landwirtschaftspolitik miteinander haben. Der Agrarhaushalt macht rund 40% des Gesamthaushaltes der EU aus. Das zeigt, welchen Stellenwert sie hat. Themen wie das carbon farming, der Pestizidreduzierung, Agro-Forst-Systeme, der Waldaufbau und weitere Nachhaltigkeitsmaßnahmen beschäftigen uns genauso wie die Digitalisierung der Landwirtschaft in ganz Europa. ([Ganze Rede](#))



Corona

Der Höhepunkt der Omikron-Welle, so sind sich die Expertinnen und Experten sicher, ist überschritten. In den kommenden Wochen werden die Infektionszahlen runtergehen und auch die Krankenhausituation wird (so hoffen wir alle) konstant bleiben. Das ermöglicht uns nun behutsam und schrittweise Öffnungen und einen Weg in die neue Normalität zu gehen. So entfallen für Geimpfte und Genesene die Kontaktbeschränkungen. Für Ungeimpfte gelten die Regeln weiterhin bis zum 19. März. Ab dem 24. Februar werden in Niedersachsen dann Veranstaltungen in Innenräumen bis max. 6.000 Personen und 65%iger Auslastung möglich. Im Freien sind dann 25.000 Personen und eine 75%ige Auslastung möglich. Ab dem 21. März sollen dann Regeln wie die Homeoffice-Pflicht entfallen und es Lockerungen bei der Maskenpflicht (bspw. in Schulen) geben. Die Maskenpflicht im ÖPNV, das Abstandsgebot, Hygienevorgaben und die Testpflicht in bestimmten Bereichen bleiben aber bestehen.

Trotz dieser Lockerungen halte ich es weiterhin für notwendig, dass wir eine allgemeine Impfpflicht einführen. Nur so kommen wir im kommenden Herbst und Winter vor die Lage. Denn wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass das Corona-Virus im Herbst nicht verschwindet. Mit einer höheren Immunisierung kommen wir dem aber näher.

Gesprächs-Termine

In meinen Sitzungswochen jagt ein Termin den anderen. Daran habe ich mich gewöhnt, schließlich ist das schon seit 2013 der Fall. Seit dem ich Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft bin, hat die Termindichte aber nochmal eine ganz neue Entwicklung angenommen. Und das ist auch gut so. Schließlich muss ich informiert bleiben und möchte natürlich eine gute Entwicklung der Landwirtschaftspolitik mitgestalten. In dieser Woche gab es zum Beispiel ein Treffen mit dem Bund deutscher Baumschulen.



In einem Auftaktgespräch mit der Organisation „Land schafft Verbindung“ haben wir die Sorgen und Nöte der Landwirtinnen und Landwirte gehört, aber eben auch klar gemacht, welche Positionen wir zur Transformation

der Landwirtschaft in der Koalition vertreten. Wir bleiben in jedem Fall im Austausch und ignorieren die Sorgen nicht. Im Gegenteil: Weil wir sie sehr ernst nehmen, wollen wir eine Entwicklung der Landwirtschaft, die vor allem den Landwirtinnen und Landwirten hilft. Das bekommen wir nur zusammen hin!

Mit Frankreich verbindet uns seit Jahrzehnten eine enge Partnerschaft. Das gilt natürlich auch im Bereich der Landwirtschaft.

Deshalb haben wir uns mit dem zuständigen französischen Botschaftsrat Mathias Ginet getroffen und über Gemeinsamkeiten sowie die EU-Ratspräsidentschaft gesprochen

